



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
<http://ageconsearch.umn.edu>
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Böhme, D.: Partizipative Verfahren in der dörflichen Entwicklung – Fallstudie eines Bürgerbeteiligungsverfahrens. In: Kirschke, D.; Odening, M.; Schade, G.: Agrarstrukturentwicklungen und Agrarpolitik. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 32, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1996), S.83-91.

PARTIZIPATIVE VERFAHREN IN DER DÖRFlichen ENTWICKLUNG - FALLSTUDIE EINES BÜRGERBETEILIGUNGSVERFAHRENS

von

D. BÖHME*

1 Einleitung

Die Veränderung der landwirtschaftlichen Situation in den letzten Jahrzehnten zieht nicht nur Neuorientierungen innerhalb der Landwirtschaft und veränderte Agrarstrukturen nach sich, sondern hat auch Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Entwicklungen im ländlichen Raum. War das Dorf früher eine vorwiegend durch landwirtschaftliche Funktionen geprägte Siedlungseinheit, treten heute die Funktionen Wohnen, Ausgleich, Erholung in den Vordergrund. Dieser Funktionswandel bringt bedeutende Veränderungen der traditionellen dörflichen Strukturen und Lebenszusammenhänge mit sich. Um soziale Umbrüche und Abwanderungsprozesse zu vermeiden und die dörflichen Strukturen so umzugestalten, daß sie auch den neuen Ansprüchen an die Lebens- und Existenzbedingungen gerecht werden, ist eine Abfederung des dorfstrukturellen Wandels durch intensive Entwicklungsanstrengungen notwendig.

Allerdings lassen sich aufgrund der sehr unterschiedlichen Bedingungen in den Dörfern hinsichtlich Erwerbsmöglichkeiten, Umweltbedingungen, etc. keine allgemeinen Richtlinien für Entwicklungsmaßnahmen formulieren. Um den spezifischen Gegebenheiten vor Ort und den Ansprüchen der Menschen gerecht zu werden, setzt man in der Entwicklungsplanung zunehmend auf partizipative Konzepte - Konzepte, die Bürger an den Entscheidungen über die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen teilhaben lassen. Die Erfahrungen mit solchen Ansätzen, z.B. in Form von Bürgerbeteiligungsverfahren, sind vielfältig, zumal sich partizipative Ansätze auch auf einem anderen Feld, nämlich in der Entwicklungszusammenarbeit zunehmend durchsetzen. Es liegen aber bis heute kaum Modelle vor, die eine systematische Evaluierung partizipativer Konzepte auf der Grundlage interaktionsanalytischer Verfahren erlauben. Ziel der Untersuchung ist daher, einen solchen Evaluationsansatz zu entwickeln und für den Bereich der Dorfentwicklung im Rahmen einer Fallstudie praktisch zu erproben. Dafür sind zunächst der Partizipationsbegriff und darauf basierend das Partizipationsverständnis, das der Untersuchung zugrunde liegt, zu erläutern. Im weiteren wird ein Analysesystem konstruiert, mit dessen Hilfe partizipative Verfahren daraufhin geprüft werden können, ob die Einbeziehung der Bürger gelingt. Das Analysesystem wird schließlich im Rahmen eines Fallbeispiels eingesetzt, um seine Praktikabilität und Aussagekraft zu testen. Die methodischen und inhaltlichen Erkenntnisse der Untersuchung werden in einer Schlußbetrachtung reflektiert.

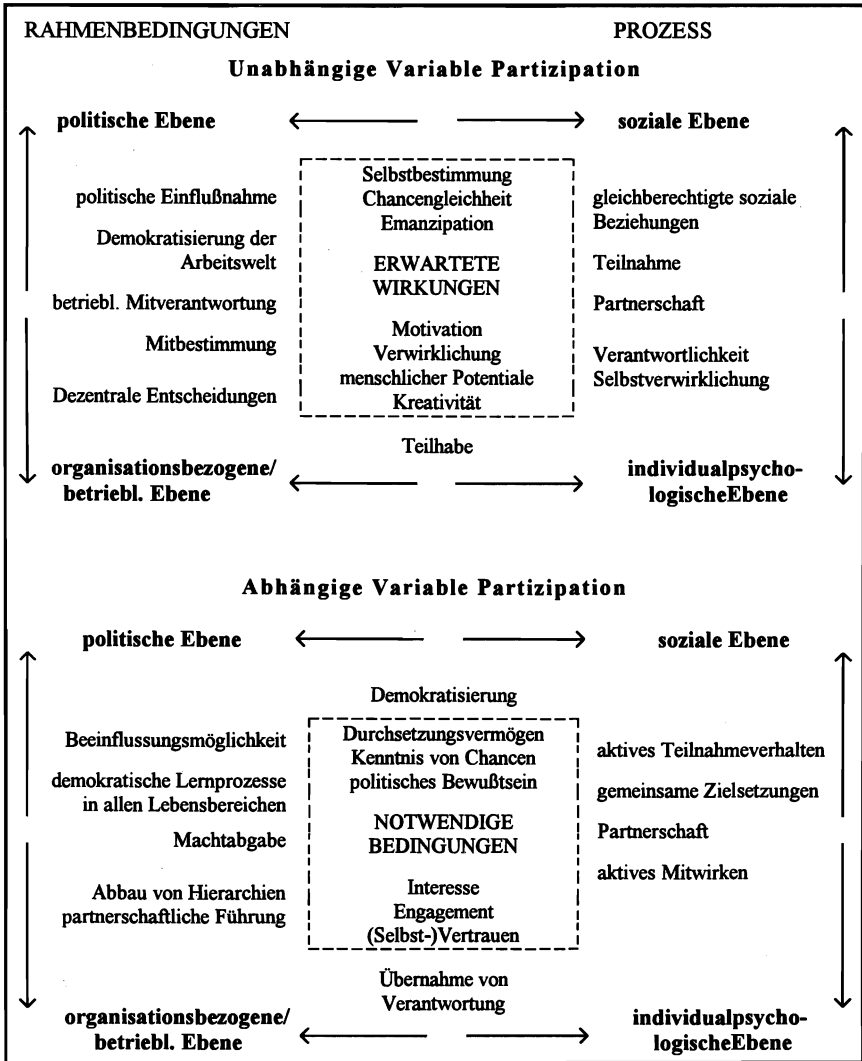
2 Begriff und Verständnis von Partizipation

Die Forderung nach Partizipation ist weder im politischen Raum noch im Kontext entwicklungspolitischer Konzepte ein Novum. Sie hat in den vergangenen Jahrzehnten breite Beach-

* Dipl. Ing. agr. Dorothea Böhme, Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Agrarsoziologie und Beratungswesen, Bismarckstr. 4, 35390 Gießen

tung gefunden - und zwar vor dem Hintergrund ganz unterschiedlicher Konzepte und Interessenlagen¹.

Abbildung 1: Begriffsfeld Partizipation



Quelle: Eigene Darstellung

¹ Das Phänomen Partizipation wird aus unterschiedlichen Perspektiven beschrieben. Beispielsweise findet man politisch orientierte Auslegungen bei WASCHKUHNS (1984), politologisch und sozialpsychologisch orientierte Argumentationen bei ADRIAN (1977), THAMM (1989, S. 26 ff.), OAKLEY und MARSDEN (1990, S. 17-32); organisationssoziologische Aspekte stehen bei HETTLAGE (1987, S. 23 ff.) im Vordergrund, ökonomische Aspekte bei PICCIOTTO (1992, S. 5-8) und PEARSE und STIEFEL (1979, S. 7 f.), wobei letztere die Verteilung von Ressourcen und Macht als den Kern von Partizipationsbestrebungen ansehen.

Dabei wurden in den entsprechenden Diskussionsbeiträgen Begriff und Verständnis von Partizipation oft nur oberflächlich begründet, was die Gefahr einer ideologischen Instrumentalisierung dieser gesellschaftlich brisanten Thematik in sich birgt. Eine ausgewogene Analyse erscheint nur möglich, wenn eine genaue Abgrenzung des Partizipationsbegriffes erfolgt und das darauf basierende Partizipationsverständnis transparent gemacht wird. Zunächst wird daher das Begriffsfeld 'Partizipation' beleuchtet, um anschließend anzugeben, welche Aspekte des Begriffsfeldes Schwerpunkt der Untersuchung sind. Im weiteren ist eine Definition des Begriffes Partizipation zu erarbeiten, auf der das in der vorliegenden Analyse zugrundegelegte Partizipationsverständnis basiert.

Zur Beschreibung des Begriffsfeldes 'Partizipation' (siehe Abbildung 1, S. 2) bietet sich die Systematisierung nach ASHER (1984, S. 49) an: Er unterscheidet Partizipation als unabhängige Variable, bei der die Wirkungen aus der Realisierung von mehr Partizipation Gegenstand der Betrachtung sind und Partizipation als abhängige Variable, wo sich der Blick auf die Voraussetzungen oder Determinanten für Partizipation richtet.

Aus beiden Teilperspektiven läßt sich weiter differenzieren nach Kontextbereichen, in denen die Forderung nach Partizipation auftritt: Die politische Ebene (staats- und demokratietheoretische Diskussion um Einflußmöglichkeiten der Bürger), die organisationsbezogene oder betriebliche Ebene (Mitbestimmungsdiskussion, neuere Tendenzen in der Organisationsentwicklung), die soziale Ebene (Gleichberechtigung und Partnerschaftlichkeit in den sozialen Beziehungen) sowie die individualpsychologische Ebene (Sicht des Menschen als eigenständiges, verantwortungsfähiges Wesen). Die angeführten Einzelbegriffe (Abbildung 1, S. 2) sind als Synonyma von Partizipation jeweils in der Nähe der Ebene(n) angeordnet, in deren Kontext sie bedeutsam sind. Die in den zentralen Feldern stehenden Begriffe sind für alle Ebenen relevant.

Von dieser Darstellung ausgehend werde ich nun darlegen, welche Aspekte in der vorliegenden sozialwissenschaftlichen Analyse bedeutsam sind. Partizipation als unabhängige Variable, d.h. die Wirkungen von Partizipation, können zur Begründung der Partizipationsförderung herangezogen werden, während Partizipation als abhängige Variable, nämlich die Voraussetzungen für Partizipation, vor allem maßgeblich bei der Ableitung methodischer Anforderungen an die Gestaltung partizipativer Verfahren sind und im folgenden mithin wesentlich für die Konstruktion des Evaluierungsinstrumentes.

Von den vier angesprochenen Kontextbereichen sind besonders die soziale und individualpsychologische Ebene im Untersuchungszusammenhang interessant, denn sie reflektieren vor allem, inwieweit gesellschaftliche Prozesse partizipativ ausgerichtet sind. Die politische und organisationsbezogene Ebene sind hingegen nur insoweit bedeutsam, als sie angeben, ob die jeweiligen *Rahmenbedingungen* (Gesetze, Kompetenzgrenzen, etc.) Spielräume für Partizipation eröffnen (vgl. SPEYER, 1990, S. 89-91). Aufgrund der vorgenommenen Klärungen wird nun eine Definition von Partizipation gegeben, die die Grundlage der weiteren Untersuchung bildet:

Partizipation bezeichnet ein soziales Handeln bzw. Verhalten von Individuen oder sozialen Gruppen, das gekennzeichnet ist durch aktive Teilnahme und Mitwirkung an Entscheidungsprozessen, die die Gestaltung ihrer direkten Lebensumwelt betreffen². Der sich beteiligende Bürger hat insoweit die Chance zur Einflußnahme, als von ihm eingebrachte Vorstellungen

² Zur Dimension „an der Gestaltung der direkten Lebensumwelt mitzuwirken“ siehe ADRIAN (1977, S. 92).

und Interessen gleichberechtigt neben anderen berücksichtigt werden - auch wenn sie sich im Abstimmungsprozeß nicht durchsetzen müssen³.

Wesentliches Element von Partizipation ist ein Kommunikationsprozeß, denn Einflußnahme bzw. Beteiligung sind nur auf der Grundlage eines Austausches von Information und damit durch Kommunikation möglich⁴. In diesem Prozeß treten Menschen in Wechselbeziehung - sie interagieren - und entwickeln dadurch eine Zusammengehörigkeit bzw. arbeiten an einem gemeinsamen Ziel. Dies begründet eine 'Partnerschaft' (ethymologische Ableitung von 'Partizipation'), die durch horizontale, nicht-hierarchische Beziehungen geprägt ist.

Dieser Definitionsansatz bildet das Partizipationsverständnis ab, das dem im folgenden darzustellenden Analysesystem zugrundeliegt.

3 Konstruktion eines Analysesystems zur Evaluierung partizipativer Verfahren in der dörflichen Entwicklung

Die Konstruktion des Analysesystems soll eine Evaluierung zulassen, ob in partizipativen Verfahren die notwendigen Voraussetzungen zur Einbeziehung der Bürger geschaffen werden. Es sind also zunächst die für die Beteiligung der Bürger entscheidenden Variablen anzugeben und im weiteren die notwendigen Kriterien für die Beurteilung des Partizipationsgrades zu entwickeln.

Die erste entscheidende Variable für eine aktive Einbindung von Bürgern in Entscheidungsprozesse ist das Ingangsetzen eines Kommunikationsprozesses zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern, um eine Mitwirkung am Entscheidungsprozeß zu ermöglichen.

Um eine möglichst große Zahl von Bürgern bzw. prinzipiell die gesamten Dorfgemeinschaft einzubeziehen, sind (Unter-) Gruppen zu bilden. Damit eine effektive Zusammenarbeit gewährleistet werden kann, bedürfen diese Gruppen der Moderation. Moderation ist die zweite Variable zur Analyse der Beteiligung der Bürger. Der verantwortliche Moderator hat die erfolgreiche Durchführung des gesamten Verfahrens zu kontrollieren. Einerseits obliegt ihm das Voranbringen der sachinhaltlichen Arbeit, andererseits die Gestaltung des sozioemotionalen Bereiches der Interaktion (kommunikationspsychologische und -physiologische Aspekte), denn dessen Nichtbeachtung kann den Erfolg der inhaltlichen Arbeit gefährden⁵.

Die dritte wichtige Variable sind die Rahmenbedingungen des Verfahrens. Hier ist das Grundverständnis der Auftraggeber des Verfahrens von zentraler Bedeutung: Einerseits sind die Verfahrensziele entscheidend, nämlich ob Partizipation nur als Mittel zum Zweck gesehen oder als zentrales Ziel des Verfahrens selbst betrachtet wird. Andererseits kommt es darauf an, ob die konkrete Situation und Sichtweise der Bürger Ausgangspunkt für die Konzeption des Verfahrens ist, was mit dem Stichwort „lebensweltliche Orientierung“ umschrieben wird.

Die Variablen Kommunikationsprozeß, Moderation und Rahmenbedingungen, wurden weiter operationalisiert zu einem Analysesystem zur Einschätzung dieser Verfahren (Abbildung 2):

³ In gleicher Weise argumentiert ADRIAN (1977, S. 53 f.), es komme nicht darauf an, ob sich die eigenen Interessen durchsetzen, sondern daß sie entscheidungsrelevant werden.

⁴ Vgl. auch THAMM (1989, S. 27 f.).

⁵ Dies begründet sich aus der Erkenntnis der Gruppendynamik, daß die Verarbeitung von Informationen, also sachorientiertes Arbeiten, nur unter Berücksichtigung der emotionalen Befindlichkeit und des sozialen Beziehungsgefüges gelingen kann (siehe BROCHER 1967, S. 68 f. und WELLHOFER 1993, S. 21 ff.).

Abbildung 2: Kriterienkatalog für eine gelungene Gestaltung partizipativer Verfahren

Der Kommunikationsprozeß⁶

- Kontaktaufnahme
- Information zum anliegenden Entscheidungsvorhaben
- gemeinsame Situationsanalyse bzw. Bestandsaufnahme
- gemeinsame Zielformulierung
- gemeinsame Suche nach Lösungsideen/-alternativen
- gemeinsame Bewertung der Lösungsideen
- gemeinsame Revision der Lösungsideen
- gemeinsame Entscheidung
- gemeinsame Umsetzung der Entscheidung
- Teilhabe aller am entstehenden Nutzen

Moderation

a) sachinhaltliche Ebene⁷

Förderung der inhaltlichen Arbeitsfortschritte:

- Verfügbarmachung von Informationen
- Strukturierung des Problems und der gemeinsamen Arbeit
- Aktivierung und Unterstützung zur Bewältigung von Arbeitsaufgaben
- Dokumentation von Arbeitsfortschritten und Ergebnissen
- Delegation bzw. Verteilung von Verantwortlichkeiten

Bereitstellung geeigneter Arbeitsbedingungen

- Einrichtung von Arbeitsgruppen angemessener Größe
- Gewährung eines ausreichenden Zeitbudgets
- Bereitstellung geeigneter Arbeitsmedien
- angemessene Auswahl der Arbeitsformen

b) sozioemotionaler Bereich⁸

- Ermöglichung symmetrischer Kommunikationsbeziehungen
- Schaffung einer geeigneten Arbeitsatmosphäre
- angemessene Berücksichtigung von Gruppenprozessen in den eingerichteten Arbeitsgruppen
- Selbstdarstellung und Führungsverhalten der Moderatoren
- Offenheit der Moderatoren für Bürgeranliegen und Flexibilität bzgl. des Arbeitsergebnisses

Rahmenbedingungen

a) Verfahrensziele

- Erwünschter Umfang bzw. Grad an Partizipation
- Offenheit des Verfahrens (keine vorgefertigten Konzepte)
- angestrebter Lernprozeß bzw. Lernziele

b) Lebensweltliche Orientierung⁹

- Analyse der lokalen Situation durch die Betroffenen
- Artikulation der lokalen Bedürfnisse bzw. deren Organisation
- Einbindung lokalen Wissens
- Suche nach lebensweltlich angepaßten Lösungen
- Berücksichtigung lokaler Interessen bei der Entscheidung
- lokal angepaßte Umsetzung der Entscheidung
- lokale Teilhabe am entstehenden Nutzen

Quelle: Eigene Darstellung bzw. Nachweise unter den Fußnoten 6 bis 9

⁶ Die Konstruktion der Schrittfolge wurde in Anlehnung an die Konzeption des Entscheidungsprozesses nach VAN DEN BAN und WEHLAND (1984, S. 36-42) vorgenommen.

⁷ Formulierung der Kriterien aufgrund eigener beratungsmethodischer Überlegungen und in Anlehnung an DECKER (1994, S. 116-120 und S. 244 f.) bzw. WELLHOFER (1993, S. 119 ff.).

⁸ Vgl. dazu das Moderationsverständnis von DECKER (1994, S. 21 f.).

⁹ Vgl. dazu die Argumentation von HAMESSE (1979, S. 90 ff.) zur Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten.

Eine wichtige Komponente für den Erfolg partizipativer Verfahren sind selbstverständlich auch die beteiligten Bürger selbst. Ihre Fähigkeiten und Voraussetzungen für die Beurteilung heranzuziehen erscheint jedoch nicht sinnvoll, da partizipative Verfahren ja gerade auf die Förderung von partizipativem Handeln bzw. Verhalten ausgerichtet sind, und dieses bei den Bürgern nicht vorausgesetzt werden kann.

In den nachstehenden Erläuterungen möchte ich exemplarisch auf die Variable *Kommunikationsprozeß* näher eingehen. Der Kommunikationsprozeß zwischen Entscheidungsträgern und betroffenen Bürgern wird sich je nach vorgesehenem Umfang der Bürgerbeteiligung nicht nur auf Kontaktaufnahme und Information der Bürger, sondern auch auf die weiteren Stufen des Entscheidungsprozesses - gemeinsame Situationsanalyse, Zielformulierung, etc. bis zur Teilhabe aller am entstehenden Nutzen erstrecken. Die Erfüllung dieser Kriterien werde ich nun im Fallbeispiel prüfen und dabei die Eignung des Kriteriensystems zur Analyse testen.

4 Anwendung des Analysesystems in einer Fallstudie eines Bürgerbeteiligungsverfahrens

Gegenstand der Fallstudie ist ein Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung in einer hessischen Gemeinde. Die Moderation des Verfahrens wurde von einer Planungsgemeinschaft aus drei Agraringenieuren durchgeführt, die Koordination des Verfahrens lag beim zuständigen Landwirtschaftsamt. Ein großer Teil der Bürgerveranstaltungen konnte einer wissenschaftlichen Beobachtung unterzogen werden. Aufgrund der in Beobachtungsprotokollen aufgezeichneten Daten wurde die Analyse des Verfahrens durchgeführt. Die Darstellung einiger wichtiger Ergebnisse bezieht sich - wie oben angesprochen - auf die Variable „Kommunikationsprozeß“ des Analysesystems (vgl. Abbildung 2, S. 5f). Zu prüfen ist anhand der Kriterien dieser Variable, ob ein Kommunikationsprozeß zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern in Gang kommt und auf allen Stufen des Entscheidungsprozesses aufrecht erhalten wird. Hier die Ergebnisse:

Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu Beginn des Verfahrens ist die *Kontaktaufnahme* als gelungen zu bezeichnen. Dasselbe gilt für die *Informationen* zum anstehenden Planungsverfahren in Vorbereitung des Bürgerbeteiligungsverfahrens und in der Einleitungsveranstaltung. Es wurde ausführlich über alle wichtigen Rahmendaten wie Auftraggeber, Moderatoren, Zielgruppe, Planungsgegenstand, Zielsetzung, etc. berichtet. Allerdings ergaben sich auch Informationsdefizite durch unpräzise Informationen über bestehende Vorgaben, Entscheidungsspielräume, Kompetenzen, Verbindlichkeit der Planungsergebnisse, etc.

Abgesehen davon, daß die Auswahl der zu diskutierenden Themen von den Planern vorgenommen wurde, fand eine intensive gemeinsame *Situationsanalyse* (Exkursionen, Ortsbegehungen) und Erörterung der Problemwahrnehmung anhand von Planungskarten gemeinsam mit den Bürgern statt. Es wurden dabei sowohl die Sichtweisen der Bürger als auch der Planer einbezogen und in vielen Bereichen eine übereinstimmende Einschätzung der Situation erzielt.

Zielvorstellungen zum Planungsprojekt wurden in den vertraglichen Vereinbarungen zum Bürgerbeteiligungsverfahren z.T. schon sehr konkret vorformuliert. In der Einleitungsveranstaltung der Bürgerbeteiligung wurden sie allerdings den Bürgern nur teilweise bekannt gemacht. Die Bürger verlangten in dieser Veranstaltung indes eine Präzisierung der Zielvorstellungen und äußerten Bedenken, die Träger könnten Vorhaben beabsichtigen, die ihren Interessen entgegenstehen. Auch in der weiteren Zusammenarbeit mit den Bürgern unterblieb eine explizite Zielsetzung für die gemeinsame Arbeit. Beispielsweise wurde über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Flächenbewirtschaftung diskutiert, und immer wieder folgten Einwände, warum man die Flächen nicht sich selbst überlasse. Eine vorherige *Zielformulierung* hätte eine effizientere Auseinandersetzung ermöglicht.

In der Phase der *Lösungssuche* erfolgte wiederum eine intensive Bürgerbeteiligung. Bürger wurden angeregt, ihre Vorstellungen anhand von Plänen und Luftbildern zu diskutieren und direkt in Landschaftspläne einzutragen. Die Lösungsideen der Bürger wurden so systematisch im Gesamtzusammenhang erfaßt und sichtbar gemacht. Eine gemeinsame *Bewertung der Lösungsideen* unterblieb, und bei der Präsentation der Planungsergebnisse durch die Moderatoren wurde zwar z.T. um Stellungnahme der Bürger gebeten und teilweise auch angegeben, daß Einwände der Bürger noch berücksichtigt werden könnten, eine 'echte' *Revision* unter Beteiligung der Bürger erfolgte jedoch nicht. Eine Bürgerbeteiligung in den Phasen der *Entscheidung, Umsetzung und Teilhabe am Nutzen* war nicht Gegenstand des Verfahrens und auch von den gesetzlichen Rahmenbedingungen her nicht möglich.

Zusammenfassend lassen sich die anhand der Variable „Kommunikationsprozeß“ gefundenen Aussagen zum partizipativen Charakter des Beteiligungsverfahrens folgendermaßen darstellen:

Tabelle 1: Gelingen des Kommunikationsprozesses

	gelingen	nicht gelungen
Kontaktaufnahme	gute Öffentlichkeitsarbeit	-
Information	ausführlich	teils unpräzise
Situationsanalyse	intensive Beteiligung	-
Zielformulierung	-	unzureichend
Lösungssuche	intensive Beteiligung	-
Bewertung der Lösungsideen	-	ohne Bürgerbeteiligung
Revision der Lösungsideen	Stellungnahme der Bürger z. T. eingefordert	keine 'echte' Revision
Entscheidung Umsetzung Teilhabe am Nutzen	waren nicht Gegenstand der Bürgerbeteiligung	

Quelle: Eigene Darstellung

Es läßt sich demnach zweierlei feststellen:

- Der Beteiligungsprozeß bis zur Phase der Situationsanalyse kann als gelungen betrachtet werden. Die weitere gemeinsame Arbeit wurde durch das Unterbleiben einer expliziten Zielsetzung zum Teil behindert. Trotzdem gelang bei der Suche nach Lösungsideen die Beteiligung im wesentlichen. Allerdings muß aufgrund uneinheitlicher Zielvorstellungen das Ergebnis relativiert werden. Die übrigen Phasen bis zur Umsetzung verliefen im wesentlichen ohne Bürgerbeteiligung.
- Aufgrund des vorgestellten Analysesystems konnte eine Beurteilung des Interaktionsprozesses bezogen auf die Variable „Kommunikationsprozeß“ erfolgreich durchgeführt werden. Die Kriterien waren geeignet, das Ausmaß der Beteiligung in den einzelnen Phasen des Entscheidungsprozesses zu charakterisieren.

5 **Schlußbetrachtung und Ausblick**

Gegenstand der Untersuchung war die Entwicklung und Anwendung eines Analysesystems zur Bewertung partizipativer Verfahren. Grundlage für das zu entwickelnde Analysesystem bildete dabei ein Partizipationsverständnis, das ein aktives Teilnahmeverhalten von Bürgern

und einen Lernprozess zu eigenständigem, selbstverantwortlichem Handeln zum Ziel hat. Aus diesem Anspruch, der sich vor allem auf eine soziale und individualpsychologische Perspektive von Partizipation bezieht, wurden drei Variablen abgeleitet, die für eine umfassende Partizipation bedeutsam sind: Der Kommunikationsprozess, die Moderation des Beteiligungsverfahrens und die Rahmenbedingungen des Verfahrens. Zur Beschreibung dieser drei Variablen wurden differenzierte Kriterienkataloge entwickelt, die die Anforderungen an partizipative Konzepte oder Verfahren operationalisieren.

Anschließend wurde die Anwendungsmöglichkeit des Analysesystems in einer Fallstudie anhand der Variable „Kommunikationsprozess“ vollzogen. Die Fallstudie bezog sich auf die Bürgerbeteiligung an einer agrarstrukturellen Vorplanung. Mit Hilfe des Analysesystems konnte einerseits geprüft werden, auf welchen Ebenen des Entscheidungsprozesses und in welchem Umfang der Kommunikationsprozess mit den Bürgern gelang. Gleichzeitig konnte die Eignung des konstruierten Analysesystems für die Variable „Kommunikationsprozess“ demonstriert werden. Die Analyse des Bürgerbeteiligungsverfahrens auf der Ebene der Variablen „Moderation“ und „Rahmenbedingungen“ wird eine Vervollständigung der Befunde ergeben. Das Analysesystem soll überdies bei der Beurteilung von Partizipationskonzepten auf der theoretischen Ebene angewandt werden. Hierdurch könnte ein direkter Vergleich verschiedener partizipativer Verfahren ermöglicht werden.

6 Zusammenfassung

Es gibt bisher kaum Ansätze, die partizipative Verfahren in ihrer praktischen Durchführung unter Berücksichtigung der interaktionsanalytischen Ebene evaluieren. Nichtsdestoweniger ist die Beachtung des Interaktions- bzw. Kommunikationsprozesses bedeutsam, denn Voraussetzung für die Einbeziehung der Bevölkerung ist, daß ein Austausch von Information und damit ein Kommunikationsprozess zwischen den Bürgern und den Entscheidungsträgern zustande kommt. Es wurde daher ein Analysesystem entwickelt, das anhand dreier Variablen die interaktionsanalytische Beurteilung partizipativer Verfahren ermöglicht - die Variablen „Kommunikationsprozess“, „Moderation“ und „Rahmenbedingungen“. Die Anwendung dieses Analysesystems bzw. Kriterienkatalogs in einer Fallstudie anhand der Variable „Kommunikationsprozess“ hat Ergebnisse gebracht, die wesentliche Aussagen über den Ablauf des Verfahrens ermöglichen und somit die Eignung des Analysesystems für den Bereich Kommunikationsprozess bestätigen.

Summary

There are only few methods to evaluate participatory processes taking into account the interaction level. However, the consideration of the interaction- and communication process is very important. This is because the exchange of information and thus communication between the people and the decision makers is necessary in order to involve the people. Therefore, a system of analysis has been developed using three variables so as to judge the participatory processes in an interaction-analytical manner. This analytical system, consisting of the variables communication process, moderation, and other conditional factors, and a catalogue of criteria was applied in a case study. Using the communication process variable and its criteria, it was possible to obtain meaningful results characterising the operation of the participation procedure. Thus, the analytical system was appropriate for this variable. The procedure will also be applied to the other variables to complement the already obtained results.

Literaturverzeichnis

- ADRIAN, W. (1977): *Demokratie als Partizipation : Versuch einer Wert- und Einstellungsanalyse*. Meisenheim am Glan: Anton Hain (Politik und Wähler 18)
- ASHER, H. A.; RICHARDSON, B. M.; WEISBERG, H. F. (1984): *Political Participation*. An ISSC Workbook in Comparative Analysis. Frankfurt am Main: Campus
- BAN, A. W. VAN DEN; WEHLAND, W. H. (1984): *Einführung in die Beratung : Für Agraringenieure, Entwicklungshelfer und Ökotrophologen sowie für alle in der Erwachsenenbildung und Öffentlichkeitsarbeit Tätigen*. Hamburg: Paul Parey (Pareys Studententexte 36)
- BROCHER, T. G. (1967): *Gruppendynamik und Erwachsenenbildung : zum Problem der Entwicklung von Konformismus oder Autonomie in Arbeitsgruppen*. Braunschweig: Georg Westermann
- DECKER, F. (1994): *Teamworking: Gruppen erfolgreich führen und moderieren; mit Übungen zur geistigen Fitness und Entspannung*. 2. Aufl., München: Lexika
- HAMESSE, J.-E. (1979): Berücksichtigung von örtlich bestehenden Gegebenheiten im Planungsprozeß. In: Hamesse, J.-E.; Stubenvoll, B. (Hrsg.): *Methodische Ansätze zur Entwicklungsplanung im ländlichen Raum*. Saarbrücken: breitenbach
- HETTLAGE, R. (1987): *Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion*. 2. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht
- OAKLEY, P.; MARSDEN, D. (1990): *Approaches to Participation in Rural Development*. 6. Aufl., Genf: International Labour Office
- PEARSE, A.; STIEFEL, M. (1979): *Inquiry into Participation : a research approach*. Genf: United Nations Research Institute for Social Development
- PICCIOTTO, R. (1992): *Participatory Development : myths and dilemmas*. Washington, D.C.: The World Bank (Policy Research Working Papers 930)
- SPEYER, A. (1990): *Möglichkeiten unmittelbarer Demokratie auf Gemeindeebene*. In: Die öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft 43, Heft 3, S. 85-97
- THAMM, E. (1989): *Bürgerbeteiligung in der Regionalpolitik : Die Stärkung der „regionalen Eigenentwicklung“ durch die Einführung von erweiterten Bürgerbeteiligungsverfahren in die Regionalpolitik*. Würzburg, Dissertation phil.
- WASCHKUHN, A. (1984): *Partizipation und Vertrauen : Grundlagen von Demokratie und politischer Praxis*. Opladen: Westdeutscher Verlag (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung 55)
- WELLHÖFER, P. R. (1993): *Gruppendynamik und soziales Lernen : Theorie und Praxis der Arbeit mit Gruppen*. Stuttgart: Enke